

# DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.

SPD



- >> HUMANITÄT UND  
ORDNUNG IN DER  
ASYLPOLITIK
- >> KOMMENTAR ZUM  
ZIELBILD 2026



Liebe Leserin, lieber Leser,

Nürnberg, das kann ich an dieser Stelle ganz offen zugeben, ist etwas, bei dem ich nicht objektiv bleiben kann. Nürnberg für mich die schönste Stadt der Welt. Und das nicht nur wegen seiner schönen Gebäude, der Kirchen, der Burg, der Straßen und Plätze. Nein, es sind v.a. die Menschen, denen ich hier begegne, im privaten, aber auch bei meiner politischen Arbeit, die mir Nürnberg so ans Herz haben wachsen lassen.

Und manchmal bin ich richtig stolz auf „meine“ Nürnbergerinnen und Nürnberger. So zum Beispiel vor kurzem, als so viele Menschen zum Willy-Brandt-Platz gekommen sind, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu setzen. Da ist mir richtig das Herz aufgegangen, das war großartig! Viele Menschen spüren, dass es spätestens jetzt Zeit ist, gegen Anti-Demokraten und Menschenfeinde aufzustehen. Es ist wichtig, dass die oft sogenannte „schweigende Mehrheit“ ihr Schweigen bricht und klar Position bezieht.

Genauso wichtig ist es aber in meinen Augen auch, dass wir es nicht bei einer Demonstration, bei einer Kundgebung belassen. Der Kampf gegen die Feinde unserer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie muss kontinuierlich und nachhaltig stattfinden. Auf der Straße, aber auch im Freundeskreis, in den Vereinen und bei der Arbeit. Ich habe das Gefühl, dass ganz viele Nürnbergerinnen und Nürnberger das auch so sehen – und nicht zuletzt deswegen liebe ich diese Stadt!

Euer...

Nassar

## JETZT ERST RECHT!

UNSERE WÜNSCHE FÜR EIN GUTES 2024

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Unter dem Titel „Die Welt von morgen. Zeitenwende, Klimakrise, Kriege und Konflikte – wie schaffen wir eine friedliche und erfolgreiche Zukunft für eine Welt im Umbruch?“ lud ich am 19. Januar 2024 in die Villa Leon ein. Dafür konnte ich meinen Kollegen und ausgewiesenen Experten Dr. Nils Schmid, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion gewinnen.

Unsere Gewissheiten, dass wir auf der Weltbühne nur von Freunden umgeben sind und ein großer Krieg in Europa undenkbar sei, hat Russland mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine komplett in Frage gestellt. Mit diesem Worten stieg Nils ins Thema ein und skizzierte die Lehren in der deutschen Außenpolitik, die unser Handeln seit der Zeitenwende leiten. Dabei ging er auf drei Erkenntnisse ein: Erstens, dass die militärische Gewalt in der internationalen Politik eine mächtige und immer größer werdende Rolle spielt. Zweitens müssen wir uns von dem Irrglauben trennen, dass enge wirtschaftliche Verflechtungen das Verhalten autoritärer Regime einhegen und langfristig den gesellschaftlichen Wandel fördern könnten. Das gilt zum Beispiel für zukünftige Handelsbeziehungen mit China. Und drittens sollten Innen- und Außenpolitik nicht voneinander getrennt betrachtet werden. „Wenn wir uns eins vorhalten müssen, dann dass wir die innere Repression in Russland durch Putin abgetan haben“, so Nils Schmid weiter.

Zukünftig gilt es, auf absehbare Zeit Sicherheit vor einem expansionistischen Russland in Europa zu organisieren. Wir erkennen nun, dass „freedom is not for free“, sprich Freiheit nicht „umsonst“ zu haben ist. Deshalb wird Deutschland in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld für seine Verteidigung ausgeben müssen und durch das Sondervermögen für die Bundeswehr das Zwei-Prozent-Ziel der NATO einhalten.

Dr. Nils Schmid unterstrich in diesem Zusammenhang auch, dass die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik nicht bedeuten müsse, alle Grundsätze komplett über Bord werfen zu müssen. Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und das Streben nach Frieden bleiben weiterhin Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik.

**„Wir haben in Deutschland eine gute Tradition, einen breiten Grundkonsens in der deutschen Außenpolitik, wie etwa das Bekenntnis zur NATO-Mitgliedschaft, zur europäischen Zusammenarbeit, zum Völkerrecht und zum Engagement in internationalen Organisationen.“**

## DIE WELT VON MORGEN



Dabei ist die Idee der Abschreckung nichts neues. Auch Willy Brandt und Egon Bahr setzten bereits auf Abschreckung. „Was viele vergessen ist, dass Willy Brandt aus der Situation der militärischen Stärke heraus Entspannungspolitik betrieben hat. An die vier Prozent Bruttoinlandsprodukt für Verteidigung erinnern sich viele nicht mehr. In Erinnerung ist nur die Entspannungspolitik als historischer Erfolg geblieben“, ergänzte Nils Schmid.

In seinem Vortrag betonte Nils auch, dass die Antwort auf die neue Zeit altbekannt ist: ein stärkeres und souveränes Europa! Dabei spielt die anstehende Europawahl im Juni

eine entscheidende Rolle, um wichtige Weichen zu stellen. Deutschland wird zukünftig innerhalb Europas eine zentrale Rolle zum Schutz der regelbasierten internationalen Ordnung übernehmen müssen. Es gebe durchaus Erfolge in der Europapolitik, wie etwa die geschlossene Reaktion der EU-Mitgliedsstaaten auf den russischen Angriffskrieg oder das durch Diplomatie ausgehandelte Nuklearabkommen mit dem Iran.

**„Nur ein stärkeres und geeintes Europa hat das entsprechende Gewicht, das es braucht, um Einfluss auf die internationale Weltordnung nehmen zu können.“**

Eine noch größere Notwendigkeit in der deutschen Außenpolitik sieht Nils Schmid in der Bereitschaft, auf Staaten des Globalen Südens noch stärker zuzugehen. Die Welt wird zunehmend multipolar werden. Sie wird nicht, wie das immer diskutiert wird, nach dem großen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion überdriften in eine Welt, die einen großen Konflikt hat zwischen den USA und China. Sondern es wird viele mächtige Nationen geben – auch in Asien – Korea, Japan, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Thailand, Indien. Es wird große erfolgreiche Nationen in Afrika und im Süden Amerikas geben. Globale Konflikte und Krisen, wie etwa die Klimakrise und Fragen von Krieg und Frieden können wir nur global lösen. Klar ist dabei auch, dass wir mit demokratisch verfassten Ländern viel enger zusammenarbeiten als mit autoritärer verfassten Ländern. Aber wir müssen auch die Kraft aufbringen, Außenpolitik differenzierter zu betrachten. Und dazu gehört eben auch, mit Staaten zu reden, die nicht alle unsere Werte teilen. Dabei betonte er die vielen Reisen und Gespräche von Bundeskanzler Olaf Scholz nach Südamerika, Afrika und in den indopazifischen Raum.

**„Ein gedeihliches Miteinander auf dem Planeten können wir nur hinbekommen, wenn wir alle Länder einbeziehen.“**

Auf Deutschland wird eine große Aufgabe zukommen. „Wir sind halt eben nicht die Schweiz. Wir sind in Europa wichtig. Und in der EU und erstaunlicherweise außerhalb der EU schauen viele auf Deutschland“, ergänzte Nils Schmid. Von Deutschland als demografisch und ökonomisch größtem Land Europas, in der Mitte des Kontinents, erwarten unsere Bündnispartner\_innen dies- und jenseits des Atlantiks berechtigterweise eine Führungsrolle bei der Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderungen. Einsätze im Rahmen des internationalen Krisenmanagements bleiben auch weiterhin eine bedeutsame Aufgabe der Bundeswehr. Deutschland als wirtschaftlich und politisch größte Nation in Europa muss und wird sich auch zukünftig angemessen in Auslandseinsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, EU oder NATO engagieren. Dabei spielt die Entwicklungshilfe einen genauso wichtigen Beitrag. Die Hilfe dient auch dazu, eine noch kriegerischere Welt zu verhindern, aber auch neue Wirtschafts- und Flüchtlingskrisen.

Diplomatie, Mut zur Differenzierung und möglichst viele Partner gehören dazu, wenn wir darüber reden, wie deutsche Außenpolitik zukünftig aussehen soll.



# GANZTAGSBILDUNG FÜR GRUNDSCHULKINDER

**BUND FÖRDERT, BAYERN BLOCKIERT, NÜRNBERG SCHAFFT PLÄTZE.**

**STATUS QUO ZUM RECHTSANSPRUCH IN NÜRNBERG**

von ELISABETH RIES, BERUFSMÄSSIGE  
STADTRÄTIN, REFERENTIN FÜR JUGEND,  
FAMILIE UND SOZIALES

**Ganztägige Bildung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter unterstützt Kinder in ihrer Entwicklung, erhöht die Bildungsgerechtigkeit und hilft Eltern bei der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit. Es sollte deshalb ein Platzangebot für jedes Kind geben. Mit der Einführung des Rechtsanspruchs, maßgeblich auf Betreiben der SPD, hat der Bund im September 2021 diese Zusage gesetzlich verankert – und das ist gut so! Wie so oft im gegliederten System des Föderalismus, gerade in Bildungsfragen, stellt allerdings die Umsetzung dieses Versprechens uns in den Kommunen vor gewaltige Herausforderungen. Der Freistaat Bayern macht es den Städten und Kreisen dabei besonders schwer – und lässt damit auch Familien und Kinder im Regen stehen, wenn es uns nicht gelingen sollte, die benötigten Plätze trotzdem rechtzeitig zu schaffen.**

In der letzten Sitzung von Bundestag und Bundesrat im September 2021 wurde mit den Stimmen der SPD die Einführung eines Rechtsanspruchs im Grundschulalter beschlossen. Da der Bund für Schulen nicht zuständig ist, wurde die gesetzliche Verankerung über das Jugendhilferecht gewählt, es steht also das System der Kindertageseinrichtungen (Kitas) im Fokus. Menschenverstand und Erfahrung sagen aber auch: Ganztagsbildung für Grundschul Kinder, schulnah und lebenspraktisch gestaltet, kann nicht ohne eine enge Verzahnung und Abstimmung mit den Schulen funktionieren, für die das Land zuständig ist.

Ganz unbestritten: Der Freistaat Bayern trägt den Personalaufwand der staatlichen Schulen und leistet auch zur Finanzierung der Kitas wesentliche Beiträge, sowohl im Bau als auch im Betrieb. Weitere Finanzierungsbestandteile kommen von den Kommunen, außerdem müssen freie Träger und Eltern die Finanzierung des Kitabetriebs mit eigenen Mitteln unterstützen. Der Betrieb der Kindertageseinrichtungen, hier sind sich Expertinnen und Experten aus Wohlfahrtsverbänden, Politik und Kommunen einig, ist systematisch unterfinanziert – in Arbeitsgruppen des bayerischen Bündnisses für frühkindliche Bildung wurde im Frühsommer 2023 der Fehlbedarf auf mindestens 600

Mio. Euro jährlich geschätzt. Der große Kraftakt des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung im Grundschulalter kommt hinzu. Man sollte meinen, dass alle Finanzierungsquellen aufs Sorgfältigste ausgeschöpft werden müssen.

Es drängt sich aber in Bayern leider der Eindruck auf, dass die Landesregierung eher auf eine Zementierung bestehender Verhältnisse Wert legt als darauf, bereitgestellte Bundesgelder abzurufen und den Kommunen die dringend nötigen Mittel für den Ausbau zu gewähren.

Der Bund stellt seit 2020 insgesamt 3,5 Mrd. Euro an Investitionsmitteln und ab 2030 jährlich 1,3 Mrd. Euro als Ausgleich für die zusätzlichen Betriebskosten zur Verfügung. Konkret umsetzen muss den Rechtsanspruch jedoch die Kommune, also die Stadt Nürnberg. Das Geld geht vom Bund zunächst an den Freistaat Bayern, der die Regeln für die Weitergabe an die Kommunen festlegt – und dabei, so scheint es mir, innovative Ansätze benachteiligt.

In Nürnberg besuchten im Schuljahr 2022/2023 rund 16.800 Kinder die öffentlichen Grundschulen. Für sie standen insgesamt rund 11.900 Betreuungsplätze (71%) zur Verfügung. Etwa 8.600 Kinder hatten einen Platz in einer Kindertageseinrichtung, das heißt einen Hortplatz (51%), insgesamt rund 3.300 Kinder besuchten eine Mittagsbetreuung in schulischer Verantwortung (17%) oder die offene und gebundene Ganztagschule (3%). In Bayern insgesamt hatten ein Schuljahr früher, 2021/2022, von rund 450.000 Schulkindern nur knapp 257.000 Kinder (57%) einen Betreuungsplatz. Im Vergleich steht die Stadt Nürnberg damit gut da. Wir wissen aber, dass Jahr für Jahr die Sorge der Eltern vor der Einschulung groß ist, ohne Betreuung dazustehen. In vielen Schulsprengeln gibt es schon jetzt deutlich mehr Nachfrage als Plätze. Hinzu kommt, dass ohne Rechtsanspruch ärmere und nicht berufstätige Eltern ihre Bedürfnisse tendenziell weniger vehement durchsetzen als besser etablierte Familien, der Mangel an Plätzen ist also auch eine Frage der sozialen und Bildungsgerechtigkeit. Die Stadt Nürnberg hat daher unter dem früheren Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und meinem Vorgänger Reiner Pröhl schon lange vor der Diskussion um den Rechtsanspruch den Platzausbau vorange-

trieben und die Zahl der Plätze zwischen 2002 und 2020 fast vervierfacht, stets in enger Abstimmung zwischen Jugend- und Schulleferat. Limitierende Faktoren waren und sind dabei finanzielle und Flächenengpässe. Diesen kooperativen „Nürnberger Weg“ führen wir seither weiter fort, ganz aktuell mit der Eröffnung der neuen Grundschulen mit Ganztagsangeboten in Maiach und an der Forchheimer Straße.

Zu erwarten ist, dass die Nachfrage nach Plätzen der Ganztagsbildung langfristig auf 90% der Kinder steigen könnte. Zudem wächst seit Jahren auch die Kinderzahl insgesamt, sodass in den nächsten Jahren in Nürnberg noch etwa 4.000 Plätze entstehen müssen. Das ist kaum zu schaffen und kann nur gelingen, wenn alle Kräfte aufgeboten, die Raum-, Personal- und Finanzressourcen von Jugendhilfe und Schule, von Bund, Land und Kommune optimal eingesetzt und alle Synergien durch enge Kooperation genutzt werden.

Hier ist aus Nürnberger Sicht noch Luft nach oben, was die Bereitschaft des Freistaats Bayern angeht. Die Details mögen technisch klingen, stellen aber echte Hürden dar auf einem ohnehin bereits anspruchsvollen Weg.

Konkret: Für einen Ganztagsplatz braucht es im Grunde drei „Hauptzutaten“: Ein Gebäude, genügend Personal und ein funktionierendes Konzept. Für die Gebäude stellt der Bund insgesamt 3,5 Mrd. zur Verfügung. Dabei darf der Bund das Geld nicht direkt an die Kommunen geben (sogenanntes Kooperationsverbot), sondern nur an die Länder. Die Länder gestalten und erlassen eigene Förderprogramme, um das Geld an die Kommunen weiterzugeben. Während der Corona-Pandemie legte der Bund ein Förderprogramm für Investitionen mit 750 Mio. Euro auf, davon sollten auf Bayern rund 117 Mio. Euro entfallen. Bayern konnte aber nur knapp 22 Mio. Euro (18,6%) abrufen und gab 95 Mio. Euro zurück an den Bund, der die Mittel neu auf alle Bundesländer verteilte. Nur Bayern rief so wenige Mittel ab, immerhin zehn Bundesländer konnten über 80%, fünf sogar über 98 % abrufen. Die Fristen des Bundes waren knapp gesetzt, sodass nur Projekte mit einem bestimmten Planungsstand gefördert werden konnten. Dass dafür in ganz Bayern so wenige existierten, zeigt, welche Priorität der Ganztagsausbau im Vergleich zu anderen Bundesländern hat. Zugleich ist aus kommunaler Sicht einer sehr aktiven Kommune – allein in Nürnberg waren in dieser Zeit 10 große Hortbauprojekte am Start, die alle nicht förderfähig

waren – zu kritisieren, dass innerhalb dieses engen Rahmens dann nicht zumindest erhöhte Fördersätze definiert wurden, sondern sich die staatliche Standardförderung (FAG) und die Bundesmittel gegenseitig ausschlossen. Ohne den Staatshaushalt zu belasten, hätte der Freistaat mehr Geld nach Bayern holen und den klammen Kommunen helfen können. Man hat sich anders entschieden.

Für die verbleibenden rund 3 Mrd. Euro des Bundes wurde im Mai 2023 eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern unterzeichnet. Diese Mittel müssen bis Ende 2027 abgerufen werden, der Rest geht ersatzlos zurück in den Bundeshaushalt. Für Bayern stehen 461 Mio. Euro zur Verfügung. Im September 2023 trat die bayerische Förderrichtlinie in Kraft. Wir Kommunen befürchten, dass wie bei der Vorgänger-Richtlinie erneut die Bundesmittel in wesentlichem Umfang nicht abgerufen werden können. Zum einen sind die Fördersätze deutlich zu gering festgelegt und ohne Dynamisierung, also ohne Koppelung an die Baupreisentwicklung, das heißt, der Freistaat Bayern verzichtet zulasten der Kommunen darauf, die tatsächlichen Kosten anteilig durch Bundesmittel refinanzieren zu lassen. Zu verstehen ist das nicht, und verantwortlich gegenüber Kindern und Familien erst recht nicht.

Zum anderen sieht die bayerische Richtlinie je nach Betreuungsform verschiedene Fördersätze vor und gipfelt darin, dass für die nächsten 25 Jahre ein sogenanntes Umwandlungs-

verbot besteht – wenn ein Gebäude 2025 als Hort oder Mittagsbetreuung in Betrieb geht, legt man in Münchner Ministerien heute fest, dass sich an der Konzeption des Bildungsangebots bis 2050 nichts ändern darf. Die dahinterstehende Vorstellung von gesellschaftlicher und pädagogischer Entwicklung ist eine bittere Zukunftsverweigerung und zeugt von einem Misstrauen gegenüber künftigen Verantwortlichen, das sprach- und fassungslos macht. Übrigens werden kooperative Formen, die sich durch eine gute pädagogische Abstimmung zwischen Schule und Betreuungsangebot auszeichnen, mit einem deutlich niedrigeren Satz gefördert als strikt separate Einrichtungen – auch das widerspricht Vernunft und Nachhaltigkeit.

Für die Stadt Nürnberg bedeutet die Ungleichbehandlung der Einrichtungsarten, dass sie aufgrund dieser Entscheidung des Freistaats Bayern in fünf laufenden Bauprojekten in Summe ca. 2,4 Mio. Euro weniger an Fördermitteln erhält. Leisten können wir uns das finanziell nicht – allerdings können wir uns pädagogisches Silodenken noch weniger leisten, weil es um die Zukunft unserer Kinder geht.

Für die beiden anderen „Zutaten“, genügend Personal und ein funktionierendes Konzept, gibt es vom Bund keine Vorgaben. Hier ist der Freistaat Bayern frei in der Gestaltung seiner Bildungspolitik. Bereits 2018 startete in Bayern das Modellprojekt „Kooperative Ganztagsbildung“. In Nürnberg ist seit 2019 die Gretel-Bergmann-Schule und seit 2022 die Grundschule Altenfurt dabei. Bei der Kooperativen Ganztagsbildung arbeiten Schule und Hort eng zusammen. Die „Flexible Variante“, in Nürnberg „Hort-Klassik“ oder „Mittagshort“ genannt, entspricht dabei im Wesentlichen einem Kinderhort, der auch schulische Räume nutzt. Die „Rhythmisierte Variante“ verbindet die gebundene Ganztagschule mit dem Hort zu einem gemeinsamen Angebot, mit festen Tandems aus Klassen-Lehrkraft und Klassen-Erzieher\*in, die sich pädagogisch austauschen und eine gemeinsame Sicht auf die Kinder und ihrer Bedürfnisse entwickeln. Der offizielle Evaluationsbericht zur Modellphase bescheinigt dem Kooperativen Ganztags, er stelle „ein innovatives Modell dar, das die Möglichkeit eröffnet, viele Ansprüche in Einklang zu bringen und ganztägige Bildung zum Wohl der Kinder zu gestalten.“ Die Modellstandorte erhalten eine pauschalisierte Förderung, durch die das Angebot betriebswirtschaftlich erst möglich wird, denn überlappende Arbeitszeiten von Erzieherinnen und Lehrkräften müssen im Personalschlüssel

abgebildet werden. Man kann also festhalten: Das Modell funktioniert hervorragend. Das haben viele Kommunen erkannt und wollen ebenfalls den „KoGa“ einführen. Der Freistaat Bayern lässt seit Februar 2023 auch weitere Standorte zu – allerdings ohne Modellförderung. Es klingt nach einem Schildbürgerstreich: Hier hat Bayern ein erfolgreiches und funktionierendes Ganztagskonzept entwickelt, streicht aber nun die entscheidende Grundlage, nämlich die Finanzierung der Betriebskosten. Damit fehlt es sowohl an der ausreichenden Personalausstattung als auch an den funktionierenden Konzepten, da es mit dem Schlüsselfaktor Personal steht und fällt. Inwieweit die durch den Bund bereitgestellte Betriebskostenfinanzierung hierfür eingesetzt werden könnte, ist dann schon nicht mehr ausschlaggebend, denn bis 2030 muss der Aufbau der Ganztagsplätze abgeschlossen sein – und im Kulturstaat Bayern ist offenbar die pädagogisch erprobte und als sinnvoll erkannte Variante landespolitisch nicht gewünscht.

Mögen diese Einzelregelungen kleinteilig erscheinen, sie zeigen exemplarisch, wie schwierig der Weg zum gelingenden Ganztags im Grundschulalter für Kommunen und Bildungseinrichtungen ist. Dabei habe ich noch nicht über die alles überwölbende Schwierigkeit der Personalgewinnung in Zeiten des demographischen Wandels gesprochen. Unabweisbar ist aber doch, dass für junge Menschen bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl die Arbeitsbedingungen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Kooperationsverbote und das Scheitern sinnvoller Konzepte an formalen Hürden tragen zur Attraktivität sicher nicht bei.

Als Fazit bleibt daher: Nürnberg ist, wie auch andere bayerische Städte, schon seit vielen Jahren auf dem Weg, um die dringend benötigten Angebote der Ganztagsbildung für Grundschul Kinder zu schaffen. Wir halten an diesem Ziel unbedingt fest, weil es für die gute Gestaltung des Aufwachsens, für Bildungsgerechtigkeit, für die Integration Zugewanderter und für die Gewinnung aktueller und künftiger Fachkräfte alternativlos ist. Allerdings bestätigt sich leider erneut der Eindruck, dass trotz hehrer Phrasen vom „Familienland Bayern“ die landespolitische Aufmerksamkeit in Bayern für gute ganztägige Bildung und die Bedürfnisse von Kindern und Familien fehlt, sobald es konkret wird. Die bayerische Staatsregierung enthält den Kommunen die nötige Unterstützung vor – wir müssen und werden diese deshalb auch weiterhin energisch einfordern.

## Impressum

**Herausgeber:** SPD Nürnberg  
**Verantwortlich:** Andreas Mittelmeier  
**Redaktion:** Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman  
**Grafische Gestaltung:** Michael Graf  
**Redaktionsanschrift:** SPD Nürnberg, Karl-Bröger-Str. 9, 90459 Nürnberg  
**E-Mail:** dsp@spd-nuernberg.de  
**Tel:** 0911-438960  
Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.  
**Auflage:** 5.500 Exemplare



<sup>1</sup> Download über:

[https://www.ifp.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifp/abschlussbericht\\_evaluation\\_kooperative\\_ganztagsbildung\\_final.pdf](https://www.ifp.bayern.de/imperia/md/content/stmas/ifp/abschlussbericht_evaluation_kooperative_ganztagsbildung_final.pdf)



# „MORGEN GIBT'S EINS AUF DIE PRESSE!“

(O-TON EINES PASSANTEN BEIM INFOSTAND DES OV LICHTENHOF EINEN TAG VOR DER LANDTAGSWAHL)

von Claudia Kupfer-Schreiner

Solche und ähnliche „Ansprachen“ mussten wir uns an den Infoständen beim Landtagswahlkampf anhören. Die Sprache ist roher geworden, die Schwelle hin zu Beschimpfungen, Beleidigungen, Unverschämtheiten, Hass, Hetze und Pöbeleien wird immer leichter überschritten. Das hat zu Frustration geführt, und es ist uns zunehmend schwerer gefallen, noch gut gestimmt und positiv Straßenwahlkampf zu machen. Sehr häufig war ein konstruktives und faktenbasiertes Gespräch nicht möglich.

### Zunehmende Aggression

Doch nicht nur im Wahlkampf, auch im privaten oder beruflichen Kontext, mit Freunden und Bekannten, im Sportverein, am Arbeitsplatz, beim Spanischkurs usw. haben populistische und diskriminierende „Argumente“ und „Stammtischparolen“ Hochkonjunktur. Ampelbashing und rassistische, antisemitische Aussagen oder auch frauenfeindliche Witze werden zunehmend schamlos und offen zelebriert.

Weitaus schlimmer ist es im Netz, wo wir noch deutlich häufiger wütende, hasserfüllte Kommentare, Snaps, Tweets und Posts lesen - gegen uns (als SPD) oder gegen andere. Im Netz hat diese Hate Speech eine große Reichweite, wird häufig anonym gepostet, verbreitet sich schnell und ist für jeden zugänglich.

### Was tun?

Wir sind verunsichert und wissen nicht, ob und wie wir auf solche „Zeitgenossen“ reagieren sollen, ob sich ein Gespräch eigentlich lohnt und wo eine konstruktive Diskussion überhaupt noch entstehen kann. Was tun also - sich wehren, dagegenhalten oder ignorieren? Gibt es Lösungsansätze, Handlungs- und Kommunikationsstrategien für den Umgang mit solchen Mitmenschen?

Zu diesem Thema hatten wir die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern“ eingeladen, die seit 2007 im Feld der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und Rassismus tätig ist. Es ist eine Einrichtung des Bayerischen Jugendrings (BJR) und wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ und durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales finanziert.

Der Referent und Moderator, der zum persönlichen Schutz hier nicht namentlich genannt werden möchte, referierte zunächst kurz über Populismus und Rechtsextremismus und dessen Verbreitung, um danach unsere Erfahrungen im persönlichen, beruflichen und politischen Kontext zu analysieren und zu diskutieren. Er gab uns schließlich viele sehr sinnvolle Strategien mit auf den Weg - einige davon haben wir in Rollenspielen erprobt und ausgewertet. Die wichtigsten möchten wir im Folgenden stichpunktartig vorstellen.

### Klärung der Situation:

Wo befinde ich mich? Was ist möglich? Was will ich überhaupt erreichen?

- > Wer ist mein Gegenüber? Ist es ein gänzlich Fremder, möchte oder muss ich Rücksicht nehmen in der Familie, bestehen Abhängigkeiten im Beruf? Werden wir uns wieder treffen?
- > Wo findet die Situation statt: in der Öffentlichkeit, in der Familie, in der Arbeit, in einer friedlichen oder eher feindlichen Umgebung, z.B. unter Hooligans...?
- > Sind wir nur zu zweit oder in einer Gruppe? Welche Rolle könnten die Zuhörer\*innen, andere Gesprächsteilnehmer\*innen spielen? Kann ich auf deren Unterstützung hoffen oder muss ich eher mit noch mehr Problemen rechnen?
- > Bin ich Beteiligte\*r/Betroffene\*r oder Zuschauer\*in? Ist es gefährlich, wenn ich mich einmische, wenn ich jemandem, der bedroht wird, helfe? Ist es vielleicht besser, die Situation zu verlassen? Muss ich mich selbst schützen? Und woanders Hilfe holen?
- > Kann/Will ich diskutieren? Worauf lege ich den Fokus?
- > Was traue ich mir in dieser Situation überhaupt zu?

### Handlungsstrategien

#### Verbündete suchen, sich solidarisieren

Wenn möglich, sollte man versuchen, die Menschen in der Umgebung einzubeziehen und bei ihnen solidarische Unterstützung einzuholen.

#### Dokumentieren

In offiziellen Kontexten, zum Beispiel im Beruf, sollte man aufschreiben und protokollieren, was passiert ist und dann die Vorgesetzten und/oder Verantwortlichen informieren.

#### Stopp! Klare Grenzen setzen

In vielen Fällen ist kein konstruktiver Dialog möglich. In einem solchen Fall sollte man das Gespräch beenden und zum Beispiel sagen: „Tut mir leid, aber ich habe Sie wiederholt gebeten, niemanden zu beleidigen, beim Thema zu bleiben und mich ausreden zu lassen. Ich denke, es ist besser, wenn wir das Gespräch an dieser Stelle beenden.“

#### Deeskalierend wirken

Die wichtigsten Regeln dabei sind:

- > (Möglichst) Ruhe bewahren, nicht die Fassung verlieren,
- > niemanden beleidigen oder beschimpfen,
- > versuchen, bedrohte Personen zu unterstützen und zu schützen, im besten Fall zusammen mit anderen Menschen in der Umgebung.

#### Situation verlassen

In einer sehr bedrohlichen Situation sollte man sich aber nicht selbst gefährden und stattdessen Hilfe holen, die Polizei rufen oder, in der Straßenbahn zum Beispiel, den Fahrer informieren, der dann die Möglichkeit hat, über Lautsprecher eine Ansage zu machen oder anderweitig zu helfen. Wenn aggressive Personen das Gefühl haben, von offizieller Seite beobachtet zu werden, kann dies deeskalierend wirken.

### Kommunikationsstrategien und Fragetechniken

#### Auf Gesprächsregeln bestehen

Damit das Gespräch in einem halbwegs vernünftigen Rahmen stattfinden kann, sollte man zunächst versuchen, ein paar Regeln oder Umgangsformen anzusprechen und zu vereinbaren wie zum Beispiel:

- „Lassen Sie uns bitte beim Sie bleiben.“
- „Lassen Sie mich bitte ausreden.“
- „Ich möchte nicht, dass hier jemand beleidigt wird.“
- „Lassen Sie uns bitte beim Thema bleiben und nicht vom Hundertsten ins Tausendste kommen.“
- „Ich führe nur ein Gespräch mit Ihnen, wenn ich nicht angeschrien werde.“

#### Nachfragen statt Dagegenhalten

Hass sollte nie unkommentiert stehen bleiben. Diskriminierende Aussagen sollten klar abgelehnt werden, dabei begründet werden, warum die Aussage diskriminierend ist oder die Aussagen falsch sind. Besonders im Netz, wo es keine face-to-face-Kommunikation gibt, sollte man sich die Mühe machen, immer entsprechend zu reagieren.

Wir haben am Infostand, das hat die Diskussion gezeigt, aber dazu geneigt, meist zu schnell und direkt dagegenzuhalten, eine Gegenrede anzustimmen und dem Gegenüber Fakten zu

präsentieren, die er/sie gar nicht hören wollte. Grundsätzlich, so die Empfehlung, ist Nachfrage immer besser als sofort dagegenzuhalten. Hier gibt es verschiedene Ansätze:

#### Konkret werden

Um Verallgemeinerungen und Übertreibungen aufzulösen und um Widersprüche zu verdeutlichen, bieten sich Fragen zur Konkretisierung an, zum Beispiel:

- „Was meinen Sie genau damit?“
- „Wie kommen Sie zu der Einschätzung?“
- „Woher wissen Sie das denn so genau?“
- „Können Sie mir die Quelle nennen? Ich würde das gerne selbst nachlesen und überprüfen.“

#### Aussagen spiegeln/Rückspiegelung

Im besten Fall werden bei dieser Fragetechnik dem Gegenüber die eigenen Worte und deren Wirkung bewusst, was wiederum ein Anknüpfungspunkt für einen konstruktiven Dialog sein könnte. Ziel ist es dabei auch, eine gemeinsame Wahrnehmung herzustellen. Folgende Fragen bieten sich dazu an:

- „Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie gerade gesagt haben,...“
- „Wo betrifft Sie das ganz persönlich?“
- „Wollen Sie das wirklich?“
- „Stellen Sie sich mal vor, Sie wären selbst betroffen, was würden Sie dann machen?“
- „Warum macht Sie das so wütend?“
- „Wie fänden Sie es, wenn so über Sie gesprochen werden würde?“

#### Kompetente Beratung

Wenngleich, das ist die vielleicht wichtigste Botschaft, keine Situation einer anderen gleicht und es auch keine „Rezepte“ gibt, so konnten wir doch vom hochkompetenten Referenten des Beratungsnetzwerkes wichtige Strategien im Umgang mit Rechtspopulisten und Demokratiefeinden an die Hand bekommen, Hilfen, die wir in Zukunft, und aktuell vor allem im kommenden Europawahlkampf, erproben wollen.

Wir können diese Beratungsstelle ohne Wenn und Aber weiterempfehlen. Neben solchen eher informativ geprägten Veranstaltungen werden übrigens auch längere Workshops mit interaktiven Elementen wie Rollenspielen angeboten – und das alles kostenlos!

Für das sorgfältige Redigieren des Textes bedanke ich mich bei Julia Ringle und Andreas Schreiner.



...und dann gab es noch etwas zu feiern: Rolf Langenberger wurde 85 Jahre alt! Der frühere langjährige Landtagsabgeordnete, Stadtrat, OV-Vorsitzender in Gostenhof und und und... ist in unserem OV Lichtenhof weiterhin unermüdlich tätig und unser unverzichtbarer, hochgeschätzter und superengagierte Mitgliederbeauftragter. Wir wünschen dir, lieber Rolf, noch viele Jahre bei guter Gesundheit!

### Stammtischparolen sind...

... aggressiv, dogmatisch, verkürzt, pauschal, herabsetzend, diskriminierend, voller Vorurteile, selbstgerecht, Halbwahrheiten, Schwarz-Weiß-Malereien, ausgrenzend, kompromisslos, verallgemeinernd, rigoros, diffamierend, generalisierend, negierend, emotional, menschenverachtend, „Wir-Gefühl“-erzeugend, einfach strukturiert, mit scheinwissen versehen

(Klaus-Peter Hufer 2019)





## MENSCHEN- VERACHTENDES GEHEIMTREFFEN

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Die Recherchen von CORRECTIV machen fassungslos. Die AfD hat unfreiwillig ihr wahres, menschenverachtendes Gesicht gezeigt. Ihr „Geheimplan“ zu Massenausweisungen von Menschen mit Migrationshintergrund richtet sich gegen unsere Demokratie, gegen unseren Rechtsstaat und vor allen Dingen gegen Menschen. Er ist nur die Spitze des Eisbergs.

Ein Blick in andere Länder – Polen, Ungarn, USA unter Trump – zeigt, was Rechtspopulisten gemacht haben, wenn sie tatsächlich Macht erhielten. Teile der Gesellschaft auszugrenzen und zu entrechten, gehört zum „Standardprogramm“ – sei es wegen eines Migrationshintergrundes, der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder des Geschlechts. Ebenfalls immer im Visier: Justiz und Pressefreiheit und damit die demokratische Gewaltenteilung. Kurz: Demokratie soll schrittweise beendet werden. Niemand sollte sich Illusionen machen, was die AfD machen würde, käme sie an die Macht.

Doch warum steht die AfD derzeit in den Umfragen so gut da, wenn sie doch eigentlich nur Schlechtes will? Die Grundlage für den Sumpf ist Populismus. Also das Prinzip, einfache Lösungen für komplexe Probleme zu versprechen. Die gibt es zwar nicht. Aber das macht ja nichts, wenn es einem nicht um die wirkliche Lösung von Problemen geht, sondern nur um Stimmen. Der Populismus hat derzeit im Land Hochkonjunktur, da steht die AfD fast schon Hand in Hand mit Friedrich Merz, Markus Söder und Sahra Wagenknecht.

Doch warum ist das so? Der Grund ist einfach: Krisen – darauf hat unter anderem die Friedrich-Ebert-Stiftung hingewiesen – befördern Populismus. Sie lassen die Menschen negativer in die Zukunft schauen, bereiten Sorgen und lösen Ängste aus. Populisten

versuchen die Sorgen und Ängste von Menschen zu verstärken und die Dinge weitaus schlechter zu reden, als sie sind – um sich dann als vermeintliche Retter anzubieten.

Zumal die Krisen auch in Deutschland angekommen sind: Nachdem Putin uns den Gashahn zugekehrt hatte, sind die Energiepreise explodiert, was wiederum zu einer hohen Inflation geführt hatte. Die abklingende Pandemie hatte zum Wegfall der globalen Reiseeinschränkungen geführt und die Migration wieder zunehmen lassen, während gleichzeitig über eine Million Menschen aus der Ukraine vor russischen Raketen zu uns geflohen sind. Viele Menschen wünschen sich, dass die Politik jetzt einfach „einen Knopf drückt“, um alle Krisen wieder verschwinden zu lassen.

Linke wie rechte Populisten versprechen vermeintlich einfache Lösungen: Zum Beispiel, doch einfach wieder russisches Gas zu importieren. Und aufzuhören, die Ukraine zu unterstützen, um den Krieg zu beenden. Reale Folgen wären: Die gesamte wirtschaftliche Zukunft Deutschlands würde dann in die Hände von Wladimir Putin gelegt, der den Gashahn erneut nach Belieben auf- und zudrehen könnte. Ohne Unterstützung würde es in der Ukraine real keinen Frieden geben, sondern der russische Überfall würde erfolgreich fortgesetzt. Es ist kaum damit zu rechnen, dass Putin – derart ermutigt – dann zum Friedensengel mutiert. Er könnte vielmehr als nächstes weitere Länder überfallen, wie zunächst Moldau und Georgien. China könnte sich ermutigt fühlen, Taiwan zu überfallen. Die Welt würde noch kriegerischer, und es gäbe noch mehr Krisen und Konflikte mit Auswirkungen auf Deutschland.

Ein Ende der deutschen Unterstützung – die übrigens weit über Waffen hinausgeht und auch Krankenhäuser, Schulen und die Energieversorgung betrifft – könnte das Karten-

haus der europäischen Hilfe zusammenfallen lassen. Fällt die Ukraine, dann würden wohl etliche der rund 40 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer – die meisten sind noch dort – vor der russischen Gewalt fliehen. Wagenknecht, „Die Linke“ und ausgerechnet die AfD würden also eine der größten Flüchtlingswellen in Europa auslösen, die wir je gesehen haben – wenn sie was zu sagen hätten. Und ihre gemeinsame Forderung durchsetzen könnten, die militärische Unterstützung der Ukraine einzustellen.

Rechte versuchen Proteste – auch im Fall der Landwirte – für sich zu nutzen und anzufeuern. Durchaus mit dem rechtspopulistischen Zungenschlag „lieber Geld für (deutsche) Bauern, statt ins Ausland zu überweisen“. Die AfD fordert jetzt sogar mehr Subventionen. Das Verlogene dabei: Im AfD-Grundsatzprogramm heißt es unter der Überschrift „Landwirtschaft: Mehr Wettbewerb. Weniger Subventionen“: „Die EU-Subventionen ... sind Schritt für Schritt zurückzufahren.“ Insgesamt machen Subventionen derzeit die Hälfte der Einnahmen der Landwirte in Deutschland aus, der weitaus meiste Teil davon von der EU. Die Landwirte, die auf den rechten Populismus hereinfallen und zum Beispiel bei der Europawahl AfD wählen, würden also dafür stimmen, ihre eigene Existenzgrundlage zu zerstören.

Auch die Täuschung ist Teil des Rechtspopulismus. Demokratie kann und muss sich vor denen schützen, die sie verachten und eigentlich nur benutzen wollen, um sie dann schrittweise zu beseitigen. Der Verfassungsschutz hat bereits die gesamte AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft, wogegen die Partei derzeit rechtlich vorzugehen versucht. Aber: Selbst die bereits erfolgte Einstufung als rechtsextremistisch in einzelnen Bundesländern oder entsprechende Äußerungen einzelner Mitglieder reichen für ein Verbot nicht aus. Ein mögliches Verbotverfahren muss deswegen sorgfältig geprüft werden. Die Partei ist leider nicht doof genug, dass sie die Zerstörung der Demokratie als offizielles Ziel in ihr Parteiprogramm schreiben würde.

Gleichzeitig müssen wir als SPD politisch gegen Rechtsextremismus und Populismus kämpfen und dabei vorangehen. Indem wir die Lügen entlarven und die Menschenfeindlichkeit. Indem wir unsere eigenen Vorstellungen für die Zukunft des Landes deutlich machen. Und die realen Folgen populistischer Versprechen gegenüberstellen. Das wird auch eine große Aufgabe für die Europawahl. Als kleinen Beitrag dafür, will ich in den kommenden Ausgaben ein Licht auf verschiedene Themenbereiche werfen!

## WINTERKLAUSUR 2024: VERANTWORTUNG STATT POPULISMUS

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Das Jahr 2024 hat begonnen und die politischen Herausforderungen werden nicht kleiner. Um die grundsätzlichen Linien unserer künftigen parlamentarischen Arbeit abzustecken, fand vom 09. bis zum 11. Januar unsere dreitägige Winterklausur im Maximilianeum statt, bei der wir auch unsere bayerischen Bundestagsabgeordneten zu Gast hatten.

### EU-Werte schützen - keine Ratspräsidentschaft für Orbán's Ungarn.

Ein Höhepunkt im „Superwahljahr 2024“ ist sicherlich die Wahl zum Europäischen Parlament am 09. Juni 2024. Folglich lag ein Schwerpunkt dieser Klausurtagung auf der Europapolitik. Dazu haben wir die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl 2024, Katarina Barley, eingeladen. Sie machte deutlich, dass 2024 eine Bewährungsprobe für Demokrat\*innen werde. Wir müssen die Demokratie in Deutschland und Europa verteidigen. Während wir unseren Wohlstand erhalten wollen, indem wir uns für ein soziales und fortschrittliches Europa einsetzen, will die extreme Rechte die EU abschaffen, Menschen ausgrenzen, die Pressefreiheit einschränken und den Rechtsstaat aushöhlen. Genau diese Entwicklung ist beispielsweise in Ungarn zu beobachten, das ab Juli 2024 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird. Bedauerlicherweise hat sich die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn durch Maßnahmen der Regierung von Victor Orbán seit Jahren verschlechtert. Demokratische Institutionen, wie die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien, wurden ausgehöhlt. Korruption und Missbrauch von EU-Hilfen haben während der Amtszeit des amtierenden Ministerpräsidenten Orbán zugenommen. Hinzu kommt seine demonstrative Freundschaft zum russischen Diktator Putin und der damit verbundenen Parteinahme gegen die Interessen der von Russland völkerrechtswidrig angegriffenen Ukraine. Dies steht im klaren Widerspruch zu den außen-, und sicherheitspolitischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten.

Der Ratsvorsitzende der EU hat die Aufgabe, die Arbeit des Rates zu den EU-Rechtsvorschriften voranzubringen, die Kontinuität der EU-Agenda sicherzustellen und den Rat in den Beziehungen zu den anderen EU-Organen zu vertreten. Als SPD im Bayerischen Landtag sehen wir es als unsere Aufgabe an, EU-Werte

zu schützen und wollen das verhindern. Wir halten Ungarn derzeit für nicht geeignet, diese wichtige Funktion zu übernehmen. Daher haben wir einen Antrag in den Bayerischen Landtag eingebracht, der den Landtag auffordert, folgenden Beschluss zu fassen: „Der Bayerische Landtag bezweifelt, dass Ungarn ab dem 01. Juli 2024 die EU-Ratspräsidentschaft glaubwürdig wahrnehmen kann. Das Land hält EU-Recht und die in Artikel 2 EUV verankerten Werte nicht ein.“ Trotz all dieser Entwicklungen hat übrigens die CSU den ungarischen Ministerpräsidenten mit dem Franz Josef Strauß-Preis ausgezeichnet und diesen nach wie vor nicht aberkannt.

### Magnetschwebebahn in Nürnberg?

In seiner ersten Regierungserklärung nach der Landtagswahl hat Ministerpräsident Söder angekündigt, die Errichtung einer Magnetschwebebahn zu untersuchen. Dazu hat er eine „Teststrecke in Nürnberg zwischen Universität, Messe und Klinikum ins Auge gefasst.“

Da bis heute Unklarheit über diese Ankündigung herrscht, habe ich mich mit einer Anfrage an die Staatsregierung gewandt. Doch die Antwort darauf war wenig zufriedenstellend. Der Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr verweist lediglich darauf, die Stadt Nürnberg bei den anstehenden Planungsschritten durch die Erstellung einer Machbarkeitsstudie eng zu begleiten. Für weitere Aussagen seien die Ergebnisse aus dieser Studie abzuwarten. Damit lässt die CSU-ge-

führte Staatsregierung uns als Mitglieder des Landtags, wie auch die Öffentlichkeit und die Stadt Nürnberg weitgehend im Nebel. Für mich ist klar: Zuerst müsste gemeinsam mit den Verantwortlichen der Stadt Nürnberg geklärt werden, wie realistisch die Verwirklichung eines solchen Projekts ist. Dazu sollten auch die Stadtverwaltung und die Stadtratsfraktionen eingebunden werden. Anschließend kann die Erstellung einer Machbarkeitsstudie angekündigt werden.

Die von Söder anvisierte Strecke ist etwa vier Kilometer lang und verläuft vom neuen Unicampus über die Messe bis hin zum Klinikum Süd. Allerdings plant die Stadt Nürnberg bereits eine Straßenbahnlinie, mit der man ohne Umstieg vom Hauptbahnhof Nürnberg bis zum Südklinikum fahren kann. Daher habe ich den Verkehrsminister davor gewarnt, eine Doppelstruktur entstehen zu lassen.

Nicht zuletzt ist die Frage zu klären, wer für die immensen Kosten eines solchen Projekts aufkommen wird. Immerhin hat der Nürnberger Oberbürgermeister bereits auf die Begrenztheit der finanziellen Mittel der Stadt hingewiesen. Der Freistaat Bayern müsste dieses Projekt also maßgeblich finanzieren. Es darf nicht sein, dass die Stadt Nürnberg diese Ankündigung finanziell ausbadet und der Freistaat sich raushält!

Ich werde dieses Vorhaben der Bayerischen Staatsregierung weiter kritisch begleiten.







## RÜCKBLICK UND AUSBLICK DER SPD AG 60PLUS

von GABI PENZKOFER-RÖHRL

Gleich zu Beginn des Jahres beschäftigten wir uns damit, wie die Bedürfnisse älterer Genoss\*innen besser berücksichtigt und das innerparteiliche Miteinander, auch von Jung und Alt, gefördert werden könnte. Gemeinsam mit einem Initiativkreis – der zu diesem Thema eine kleine Befragung unter älteren und jüngeren Genoss\*innen durchgeführt hatte – und den Jusos organisierten wir für März einen Parteiausschuss mit dem Titel: „Den Senior\*innen in unserer Partei eine starke Stimme geben – Jung und Alt im Dialog: die Zukunft der SPD Nürnberg gemeinsam gestalten“.

Zu diesem Thema stellten wir auch Anträge für die UB-JHV.

Unser Antrag, der den Genoss\*innen ohne digitale Anbindung den Zugang zu Informationen der SPD und somit die Teilhabe am Parteilieben verbessern sollte, wurde in seiner ursprünglichen Form leider nicht angenommen, aber es soll vom UBV ein Konzept erarbeitet werden, das dies ermöglicht – wir sind gespannt auf erste Vorschläge!

Aber seither wird der AG 60plus im Springenden Punkt eine Seite für unsere Themen zur Verfügung gestellt, die wir regelmäßig nutzen.

Die Annahme des Antrags „Senior\*innenpolitik mehr in den Focus stellen“ ermöglicht uns, jährlich ein öffentliches SPD-Forum zu seniorenpolitischen Themen zu veranstalten, das wir in diesem Jahr umsetzen werden. Themen hierfür gibt es genug, die nicht nur für Ältere interessant sein dürften.

In unseren monatlichen Sitzungen beschäftigten wir uns mit Themen wie dem Krieg in der Ukraine und seine Folgen auch für uns, der Zunahme der Rechtsradikalen – hier besuchten wir die Ausstellung „Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung – 1945 bis heute, und diskutierten zudem das Thema: Die Weimarer Republik – Parallelen zu heute u.a. mit dem Fazit, dass die Aussage des Philosophen Jorge de Santayana „Wer die Geschichte nicht erinnert, ist verurteilt, sie neu zu durchleben“ immer noch zutreffend ist.

Einsamkeit ist nicht nur eine Frage des Alters, sondern betrifft alle Altersklassen, wenn auch besonders Senior\*innen. Angelika Thiel vom Seniorenamt stellte uns die städtischen Angebote wie Besuchs- und Telefondienste, Hol- und Bringdienste, Seniorenstammtische u.a. vor, die dazu beitragen, der Einsamkeit im Alter zu begegnen und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Dieses Thema werden wir weiter bearbeiten.

Wir blieben aber nicht nur im Karl-Bröger-Zentrum, sondern besuchten die Leitstelle der VAG, nahmen an der Fahrt nach Triesdorf mit den landwirtschaftlichen Lehrstellen und dem Freilandmuseum des Bezirks Mittelfranken teil, besuchten Kirchweihen und haben immer einen Stammtisch bei den Seniorennachmittagen des Volksfestes.

### Was planen wir für dieses Jahr?

Einige Themen und Vorhaben sind noch übrig geblieben, die wir aufnehmen wollen: da ist die gemeinsame Veranstaltung mit dem OV Wöhrd und den Jusos zum Thema Einsamkeit, die sozialen Auswirkungen des Heizungsgesetzes, Leiharbeit in der Pflege, eine Schulung zum Umgang mit „schwierigen Gegenüber“, sicher hilfreich für den anstehenden Wahlkampf, in den wir mit einer Veranstaltung eingreifen wollen – vielleicht ist ja auch ein großes Europafest des Unterbezirks möglich – wir wären aktiv dabei.

Und wir wollen auch wieder nach Außen gehen und interessante Einrichtungen besuchen.

Ich bedanke mich bei meinen Stellvertreter\*innen Abdurrahman Gümrükcü und Erika Faul und bei allen Beisitzer\*innen, die mich immer aktiv unterstützen – nur gemeinsam sind wir schlagkräftig!

Lust bekommen, mitzumachen? Wir freuen uns immer auf neue Mitstreiter\*innen!!

## SPD GIBITZENHOF-STEINBÜHL GEHT STABIL IN DIE JAHRE 2024-2026!

BEI DER JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG MIT NEUWAHLEN WURDE DER VORSITZENDE ANIL ALTUN EINSTIMMIG WIEDERGEWÄHLT.

von der SPD GIBITZENHOF-STEINBÜHL

Am Ende des letzten Jahres haben wir als Ortsverein Bilanz über unsere Arbeit innerhalb der Partei und im Stadtteil gezogen. Auf unserer Jahreshauptversammlung haben wir zudem einen neuen Vorstand gewählt.

Unser Vorsitzender Anil Altun wurde einstimmig im Amt bestätigt. Er freut sich darauf, weiterhin an der Spitze unseres Ortsvereins für die Interessen der Südstadt zu kämpfen! „Ich bin in der Südstadt geboren und aufgewachsen und natürlich kenne ich deshalb die Herausforderungen, vor denen unsere Stadtteile stehen. Gerade deswegen würde ich mich jederzeit und aus dem Herzen wieder für die Südstadt und unseren Ortsverein entscheiden“, bekräftigt er. „Egal, ob bei Stadtteilstellen und Initiativen, bei verkehrs- oder kulturpolitischen Themen, wir bringen unsere Ideen im Stadtteil und die Interessen der Südstadt in der Partei mit starker Stimme ein!“, ergänzt unser Vorsitzender.

Unsere stellvertretende Vorsitzende Margaret Jankowsky wurde ebenfalls einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Sie stellt fest: „Die Initiativen und Aktiven im Stadtteil freuen sich sehr darüber, wenn sie merken, dass die SPD vor Ort zuhört und für sie bei unseren Mandatsträger\*innen nachhakt.“

Das Vorstandsteam wird komplettiert durch die Beisitzer\*innen Tilman Gänsl, Andreas Frank, Alexander Eberl, Simone Schubert und Brigitte Beitmann. Mit Alexander Eberl als kommissarischem Vorsitzenden des Bürgervereins Werderau freuen wir uns auch den engen Draht in diesen Teil unseres Ortsvereins zu behalten. An dieser Stelle möchten wir uns auch nochmal bei Ilka Soldner für ihre jahrelange Arbeit als unsere Kassiererin bedanken, die sie auch nach der Zeit als unsere Stadträtin fortgeführt hat. Auch unserer stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Nürnberg Kerstin Gardill möchten wir für ihre Arbeit im Vorstand danken. Als jüngster Ortsverein und mit unserem neuen Vorstand freuen wir uns auf die kommenden beiden Jahre!

Im Jahr 2024 steht für uns der Europawahlkampf im Fokus, bei dem unser Vorsitzender Anil Altun als Huckepackkandidat gemeinsam mit Matthias Dornhuber für das Europäische Parlament kandidiert. Zudem wollen wir die parteinterne Diskussion über die Alternativen zum kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs vorantreiben. Wir arbeiten in der Frankenschnellwegkommission gemeinsam mit den Jusos und der Unterstützung vieler anderer Ortsvereine daran, ein Überdenken der Positionierung der SPD Nürnberg herbeizuführen. Auch die Parteistrukturreform unterstützen wir tatkräftig und sind selbst auch offen, uns zu verändern, da wir als gesamte Partei und unabhängig von bestimmten Aktiven kampagnen- und strukturfähig sein müssen.

Ferner möchten wir unsere Präsenz im Stadtteil aufrechterhalten und im Bürgerverein und bei den Stadtteilarbeitskreisen weiterhin präsent sein. Wir wollen an unsere vielen kleinen Erfolge, wie den Erhalt des zweiten Bücherbusses, die Verbesserung der Verkehrslage an der Landgrabenstraße und dem Steinbühler Tunnel, anknüpfen und uns stärker einbringen. Auch in Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2026 ist das für uns ein wichtiges Anliegen.



Neuer Vorstand, v.l.n.r Margaret Jankowsky, Vinzenz Pyka, Brigitte Beitmann, Anil Altun, Simone Schubert, Tilman Gänsl, Andreas Frank, nicht auf dem Bild: Alexander Eberl



SPD Nürnberg – Karl-Bröger-Straße 9 – 90459 Nürnberg



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



**DIALOGPOST**  
Ein Service der Deutschen Post

## ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / FEBRUAR 2024

